

Der Preis der Popularisierung?

Zwei Anmerkungen zur ZeroCovid-Initiative

von Detlef Georgia Schulze

Anfang des Monats hatten Verena Kreiling, [Winfried Wolf](#) und [Christian Zeller](#) ein Papier mit dem Titel „[Die Pandemie solidarisch europaweit eindämmen](#)“ und dem Untertitel „Regierungen schützen die Kapitalinteressen – nicht die Gesundheit der Menschen“ veröffentlicht. [In meinem Blog](#) hatte ich aus diesem Anlaß bekundet: „Ich stimme insbesondere dieser [der in meinem Blog-Artikel angeführten¹] These – soweit zitiert – und weitgehend (aber *nicht vollständig*) dem Rest zu.“

Inzwischen gibt es quasi eine [popularisierte Fassung des Textes als Unterschriftensammlung](#); von der [editio vulgata](#) kann ich leider allenfalls folgende Sätze unterschreiben:

- „[Infektionsschutz-]Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen. Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden.“
- „Sammelunterkünfte müssen aufgelöst, geflüchtete Menschen dezentral untergebracht werden.“
- „Das Personal muss in diesem Bereich [im Gesundheits- und Pflegebereich] aufgestockt werden. Die Löhne sind deutlich anzuheben. [...]. Wir verlangen die Rücknahme bisheriger Privatisierungen und Schließungen.“

Aber auch bei diesen Sätzen ist – wie bei vielen linken Aufrufen und Programmen – der moralische Imperativen „müssen“ ein Problem: Außer im letzten zitierten Satz wird nicht gesagt, was die [Unterzeichnenden wollen](#) (und warum sie es wollen und was eventuell auch andere ‚auf den Geschmack kommen‘ ließe), sondern es werden vermeintliche

1 S. 3 (These 2): „Die europäischen Regierungen und die EU haben während dieser Pandemie sich in drei Perioden in besonderer Weise gegen den Schutz der Gesundheit der Menschen entschieden: Zunächst in den ersten zehn Wochen des Jahres 2020, als alle Verantwortlichen die Epidemie verharmlosten: Das Virus wurde latent rassistisch als eine chinesische Angelegenheit abgetan. Schutzmaßnahmen wurden nicht ergriffen. Der Ausbreitung der Epidemie wurden Tür und Tor geöffnet. Sodann in den Monaten Mai bis August 2020, als es nach einem ersten Lockdown eine gewisse Eindämmung der Epidemie gab: Diese Zeit mit sinkenden oder stagnierenden Infektions-Zahlen wurde nicht genutzt, um die Eindämmung fortzusetzen. Stattdessen gab es einen Wettlauf von Lockerungen – mit den fatalen Folgen, die seit September 2020 festzustellen sind. Im Herbst 2020 taten die Regierungen das Falsche. Obwohl sich die Ansteckungen bereits wieder exponentiell vermehrten, griffen sie bewusst nicht oder ungenügend ein und wogen die Menschen in Sicherheit.“

politische oder moralische *Objektivitäten* postuliert.² – Aber warum passiert es nicht, wenn es doch „muß“?!

Darum herum – um die drei zitierten, von mir tendenziell geteilten Spiegelstriche – steht leider die übliche linksreformistische, unanalytische und strategielose Wunschzettel-Lyrik – die weder revolutionäre politische Praxis noch realistische Reformpolitik, sondern eine Zweierkiste von Vagheit und Utopismus ist. Aber kommen wir, bevor ich mich darüber allzu sehr aufrege, zu den Punkten, die mir schon an der ursprünglichen – analytischen – Fassung bedenklich erschienen.

Anmerkung I:

Zu dem Papier „Die Pandemie solidarisch europaweit eindämmen“

1. Senkung der Infektionszahlen als Selbstzweck (oder zum Zwecke des Senkens des Covid-19-Todesfallzahlen) – oder aber als Mittel zur Erleichterung der *Nachverfolgung*?

a) Schon in der elaborierten Fassung hieß es: „Entscheidend für die Pandemie-Eindämmung sind die Identifizierung der Infektionen und das Verfolgen der Infektionsketten.“ (S. 4 [These 5]) „[S]trikte Lockdown-Maßnahmen, die auch den Bereich der Arbeitsplätze erfassen,“ sollten erfolgen, „um ein solches Identifizieren und Nachverfolgen erst zu ermöglichen“ (S. 6 [These 12]).

Ohne die Nützlichkeit der Verfolgung von Infektionsketten zu bestreiten, scheint mir das doch den Akzent *falsch herum* zu setzen – nämlich den *Selbstwert* eines Senkens der Infektionszahlen (und folglich der Erkrankungen mit Symptomen und der Todesfälle) zu vernachlässigen. Denn, wenn es eine Infektion zum Nachverfolgen gibt, dann ist das Kind ja mindestens schon *einmal* in den Brunnen gefallen – die Identifizierung von Infektionsketten und Kontaktpersonen kann dann bestenfalls noch dazu dienen, *weitere* Infektionen zu verhindern.

Da Personen unter Umständen infektiös sind, *bevor* sie Symptome bemerken oder jedenfalls ernstnehmen oder gar ein Infektionsverdacht labor-bestätigt wird, gehen mit In-

2 Vgl. Marx' und Engels' Kritik des „kritisch-utopistische Sozialismus und Kommunismus“: Angesichts der „unentwickelte[n] Form des Klassenkampfes [...] appellieren [sie] daher fortwährend an die ganz Gesellschaft ohne Unterschied, [...]. Man braucht ihr System ja nur zu verstehen, um es als den bestmöglichen Plan der bestmöglichen Gesellschaft anzuerkennen.“ (MEW 4, 459 - 493 [490])

Dieses Problem wird nicht dadurch beseitigt, sondern *unterstrichen*, daß es an einer Stelle des Textes, für den Unterschriften gesammelt werden, heißt: „Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen. Mit diesem Aufruf fordern wir auch die Gewerkschaften auf, sich entschlossen für die Gesundheit der Beschäftigten einzusetzen, den Einsatz von Beschäftigten für ihre Gesundheit zu unterstützen und die erforderliche große und gemeinsame Pause zu organisieren.“

Die Unterzeichnenden sprechen nicht als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige (die sie vielleicht zu einem gar nicht geringen Anteil *sind*), sondern erteilen einen ‚aufgeklärten Ratschlag‘ an die werten Mit-Lohnabhängigen und die Gewerkschaften.

fektionen immer schon weitere Infektionen einher – egal, wie gut oder schlecht die Kontaktverfolgung funktioniert. Auch von der Infektionsquelle, bei der sich unsere Beispielperson angesteckt hat, können (jedenfalls *zunächst*: unbemerkt) parallel weitere Infektionsketten ausgehen – je nachdem, wie früh etwaige Symptome bemerkt und ernstgenommen wurden bzw. wie lange die Identifizierung der Infektionsquelle dauert.

b) Die Kontaktnachverfolgung ist also eine *technokratische* Perspektive. Die Identifizierung der Infizierten und zeitweilige Quarantänisierung der Infizierten und deren Kontaktpersonen ist (trotz Personalmangels in den Gesundheitsämtern) auch *die* ‚Lösung‘, die dem Staat am liebsten wäre – würde sie doch den kapitalistisch-ökonomischen Kollateralschaden am geringsten halten.

Daher kann es m.E. *nicht* Aufgabe von Linken sein, diese *um-zu*-Logik (Reduzierung der Infektionszahlen, *um* die Kontaktverfolgung zu erleichtern) auch noch zu unterstreichen. Vielmehr sollten Linke m.E. den Selbstwert der Reduzierung der Infektionszahlen betonen.

Dies scheint mir auch deshalb richtig zu sein, weil

- die Fokussierung auf die bereits Infizierten und deren Kontaktpersonen – solange die Kontaktverfolgung funktioniert – eine viel größere Gefahr der Stigmatisierung der Betroffenen bedeutet (dies war ja im Sommer – als die Kontaktverfolgung noch funktionierte – bei einigen Häuserblocks in Göttingen und Berlin zu beobachten),
- während allgemeine Maßnahmen zur Kontaktreduzierung und damit zur Reduzierung der Infektionsgelegenheiten und folglich auch der tatsächlichen Infektionen (und wiederum folglich der Infektionen mit schweren Symptomen und/oder tödlichem Ende) zumindest *formal* alle gleich trifft.

Die materielle Ungleichheit zwischen Leute, die in beengten Wohnverhältnissen leben, und Leuten, die in Villen leben, ist in beiden Fällen gegeben. Bei der Quarantäne-Strategie kommt zur faktischen Ungleichheit noch die juristische Ungleichheit hinzu, daß sie nur Infizierte und deren Kontaktpersonen (im Polizei-Jargon: „Gefährder“) trifft.

(Ich sage *nicht*, daß Quarantänisierung *falsch* sei; vielmehr ist sie unvermeidlich [und auch zumutbar: Wir reden über Tage oder wenige Wochen!]. Aber ich sage: Statt die Infektionszahlen zu reduzieren, *um* die zu quarantänisierenden Leute leichter identifizieren zu können, sollten die Infektionszahlen *auch deshalb* nach unten gedrückt werden, um die *Zahl der zu quarantänisierenden Personen möglichst gering* zu halten.)

2. Vorbild Asien, insbesondere China?

a) Auf S. 21 (in Abschnitt 8 des Papiers von Kreiling, Wolf und Zeller) heißt es:

„Für elf Länder³ wurde in Tabelle 2 dokumentiert, dass es die Möglichkeit einer relativ erfolgreichen Eindämmungspolitik gibt. Damit wird das Argument ‚Das, was in China gemacht wurde, ist autoritär und mit einer offenen Gesellschaft nicht vereinbar‘, durch die Vielzahl von anderen – höchst unterschiedlichen – Ländern, die vergleichbar erfolgreich waren, relativiert. Wobei man sicher auch von der Art, wie in China die Epidemie erfolgreich eingedämmt wurde, Erkenntnisse gewinnen kann.“

Die AutorInnen schreiben zwar auch: „Selbstverständlich gibt es spezifische Faktoren (wie Insellage, Einbindung in die Globalisierung, Durchschnittsalter der Bevölkerung), die den Erfolg der Pandemieeindämmung positiv oder negativ beeinflussen.“ (S. 16 Mitte)

Aber auf S. 16 unten läuft es dann doch auf eine eindeutige politische Schuldzuweisung (und damit umgekehrt: politische Präferenz hinaus):

„Es gab die Möglichkeit, zur Eindämmung der Corona-Epidemie. Das wurde auch in Europa deutlich, wenn auch in geringerem Maß als in einigen asiatischen Ländern. Insgesamt jedoch erweisen sich ausgerechnet die europäischen Staaten als ein Schwerpunkt der Epidemie – das heißt, diese Länder und die EU als Institution erwiesen sich in besonderen Maß als unfähig, gegenüber der Pandemie eine angemessene Politik zu entwickeln.“

Dies vernachlässigt aber *zum einen*, daß von den elf (in dem Zitat auf S. 21 mutmaßlich gemeinten) Ländern (s. noch einmal das Ende von FN 3)

- fünf (Taiwan, Neuseeland, Kuba, Japan, Australien) in der Tat *Inseln* sind – wenn auch Australien eine *sehr große*; hinzugezählt werden kann noch Südkorea mit einer Seegrenzen im Süden, Westen und Osten und einer geschlossenen Nordgrenze;
- vier in der Tat eher wenig in die Globalisierung eingebunden sind (Vietnam, Ru-

3 Mir ist nicht klar, wie die drei AutorInnen auf „elf Länder“ kommen, denn in Tabelle 2 auf S. 15 tragen nur *sechs* Länder eine gelbe Markierung mit der Bedeutung „weitgehende Eindämmung über einen langen Zeitraum hinweg“. Hinzugezählt werden könnten noch

- drei *nicht* gelb markierte Länder in der Rubrik „Wo die Epidemie-Bekämpfung (weitgehend) funktionierte“ sowie
- Uruguay (ebenfalls nicht gelb markiert in der Rubrik „Die extreme Spannweite in Südamerika – mit zwei (relativ) vorbildlichen Ländern“ und/oder
- zwei Ländern aus der Rubrik „Die skandinavischen Staaten in Vergleich – mit zwei relativ vorbildlichen Ländern“.

Aber die Zahl „elf“ ergibt sich nicht eindeutig identifizierbar. Eventuell sind Taiwan, Vietnam, China, Ruanda, Neuseeland, Südkorea, Kuba, Japan, Australien und Uruguay + China gemeint:

„Der Unterschied bei den Folgen von COVID-19 könnte zwischen den beiden größten Industrienationen der Welt kaum größer sein. Bezogen auf die gleiche Einheit gibt es (mit Stand 31. Dezember 2020) in den USA 351 Mal mehr Corona-Tote als in der VR China (105,4 Corona-Tote je 100.000 Menschen in den USA gegenüber 0,3 Corona-Tote in der VR China). [...]. Es gibt unter den hier aufgeführten 37 Staaten zehn Staaten, in denen es maximal fünf Corona-Tote je 100.000 Einwohner gibt [...]. Dies sind die folgenden, höchst unterschiedlichen Länder [...]: Taiwan, Vietnam, China, Ruanda, Neuseeland, Südkorea, Kuba, Japan, Australien und Uruguay.“

anda, Kuba, und Uruguay – und viele ländliche Gebiete in China wahrscheinlich auch noch)

und

- vermutlich eine ganze Reihe der genannten Länder eine eher junge Bevölkerung hat.

Und es vernachlässigt, daß die meisten EU-Länder

- Landgrenzen haben,
- eher stark in die Globalisierung eingebunden sind

und

- eine eher alte Bevölkerung haben.⁴

Insbesondere wenn – wie es in Tabelle 2 geschieht – *Todesfall*-Zahlen und *nicht* Infektionszahlen miteinander verglichen, ist die Altersverteilung der Bevölkerung aber bekanntlich von erheblicher Bedeutung. Denn die Überlebenschance von älteren Infizierten ist deutlich schlechter als die von jüngeren Infizierten.

Außerdem sollten:

- noch die Bevölkerungsdichte (sie dürfte zwar in den EU-Ländern tendenziell geringer sein als in den asiatischen Ländern, aber höher als in Australien und Neuseeland; sie ist in den mittel- und südeuropäischen Ländern höher als in den nordeuropäischen Ländern)

und

- der Umstand, daß die höhere zweite europäische Welle in den europäischen Herbst und Winter fiel und fällt, während in Australien und Neuseeland im Moment Sommer ist,

berücksichtigt werden.

b) Problemlos vergleichbar sind m.E. nur die verschiedenen nordeuropäischen Länder einerseits und sowie die mittel- und südeuropäischen Länder andererseits. Diese Vergleiche

⁴ Außerdem scheinen mir die Statistiken von Gesellschaften mit pluralistischem politischen (staatlichen) Überbau vertrauenswürdiger als solche von Gesellschaften mit 1-Parteien-Regimen – auch wenn sich solche Monopolparteien als kommunistisch, antiimperialistisch oder ähnliches deklarieren. Unabhängig von allem, was ansonsten zum Thema ‚Systemvergleich‘ zu sagen sein ist, macht politischer Pluralismus Vertuschungen und Fälschungen jedenfalls schwieriger.

- führen angesichts der hohen schwedischen Infektions- und Todesfallzahlen zu einem eindeutig negativen Urteil über den schwedischen Weg

und

- verweisen auf die unterschiedlichen ökonomischen Möglichkeiten insbesondere der BRD einerseits und der südeuropäischen Länder andererseits.

Die BRD hatte und hat – trotz aller Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen – eine hohe Zahl von Intensivbetten auf ihrer Seite, sodaß selbst die jetzigen hohen Infektionszahlen noch nicht zu einer solchen Überlastung des Gesundheitssystems wie im Frühjahr in Italien, Spanien und Frankreich führt(e).

Die Bundesregierung und die Landesregierungen hatten sich – nach anfänglichem Zögern – im Frühjahr – in Relation zur Höhe der Infektionszahlen und im Vergleich mit Italien, Spanien und Frankreich *eher früh* zu einem Lockdown entschlossen – und aufgrund der starken ökonomischen Position der BRD entschließen können.

c) Statt die „europäischen Staaten [...] und die EU als Institution“ über einen Leisten zu schlagen, ermöglichen die von Kreilinger, Wolf und Zeller selbst angeführten Zahlen vielmehr, einen deutlichen Unterschied in der Handhabung der zweiten Welle durch die EU-Staaten + Vereinigtes Königreich zu erkennen:

Covid-19-Todesfälle je 100.000 EinwohnerInnen

	bis zum 31.10.	bis zum 31.12.	Anstieg in %
Polen	14,7	74,4	406,1
Germany	12,7	40,6	219,7
Rumänien	36,5	82,5	126,0
Italien	64,0	123,0	92,2
Frankreich	54,9	96,7	76,1
Großbrit.	70,1	110,9	58,2
Niederlande	42,8	66,6	55,6
Spanien	79,2	107,9	36,2

Quelle: Spalte 1 - 3: Kreilinger, Wolf und Zeller, Tabelle 3 auf S. 15; Spalte 4: eigene Berechnung.

Auch unter Berücksichtigung von kapitalistischen ‚Sachzwängen‘, die sich nicht durch linksreformistischen Voluntarismus aufheben lassen, wird hier ein deutliches Versagen⁵ der deutschen Landesregierungen deutlich, die sich bis Mitte Dezember gegen Schul- und Geschäftsschließungen sträubten – und meinten mit Herumgefummel im Freizeit- und Gastronomiebereich auskommen zu können.

⁵ „Versagen“ nicht nur an dem Kriterium des Vermeidens von Todesfällen, sondern auch gemessen daran, daß Bolsonaro, Ballweg und Trump *nicht* im ideellen kapitalistischen Gesamtinteresse handeln.

3. Wollen die Lohnabhängigen überhaupt mehr Infektionsschutz zulasten der Kapitalakkumulation?

Ein weitere Problem wird gegen Ende des Papiers von Kreilinger, Wolf und Zeller zwar angesprochen:

„Nicht wenige GewerkschaftsexponentInnen tendieren selbst dazu, die Pandemie zu verharmlosen und die Ansteckungsgefahr an den Arbeitsplätzen herunterzuspielen. Sie fürchten, strengere einschränkende Maßnahmen würden Arbeitsplätze gefährden und die Krise verschärfen. **Auch viele Lohnabhängige haben zwar Angst vor einer Ansteckung, wollen aber dennoch möglichst einen härteren Lockdown vermeiden. Die Furcht vor Arbeitsplatz- und Lohnverlust wiegt schwer.**“ (S. 28 f.; meine Hv.)

Auch dieses Problem wird dann allerdings mit dem üblichen Voluntarismus und „Bürokratie“-*bashing* sofort beiseite gewischt:

„Diese Unterschätzung der Pandemie ist auch Ausdruck der eigenen Schwäche. Die Gewerkschaften gehen davon aus, dass sie nicht in der Lage sind, die Lohnabhängigen wirklich zu verteidigen. Dafür sind sie allerdings auch selbstverantwortlich. Weil sich die bürokratischen Gewerkschaftsführungen seit Jahrzehnten komplett den Unternehmerinteressen und dem Dogma der Wettbewerbsfähigkeit unterordnen, sind sie nicht mehr in der Lage, eine eigenständige an den unmittelbaren Interessen der Lohnabhängigen orientierte Strategie zu entwickeln.“ (S. 28)

Es fehlt eine Analyse von geführten (und nicht vermiedenen) Kämpfen, die – *trotz* mehr oder minder entschlossenen Wollens – *verloren* wurden. Dies mag zu verschmerzen sein, solange es sich um ein analytisches Papier zur Covid-19-Pandemie handelt. Wenn das analytische Papier dann aber in die populäre (um nicht zu sagen: populistische) Form einer Unterschriftensammlung gegossen wird, wird es ein Problem.

In der *editio vulgata* heißt es: „Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen [„Fabriken, Büros, Betriebe, Baustellen, Schulen müssen geschlossen und die Arbeitspflicht ausgesetzt werden.“] in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen.“

Alles ist realistischer als *dies* in der Bundesrepublik des Jahres 2021. Eher als solche Träume („die Beschäftigten gestalten selber und setzen gemeinsam durch“) jenseits von Zeit und Raum – *ohne* Mittel und Wege – dürften sich noch Teile des Kapitals und des Staatsapparates von der simplen Tatsachen überzeugen lassen, daß sich (relativ) niedrige Infektionszahlen *schneller* wieder auf ein handhabbares Niveau senken lassen als höhere – und daß das herbstliche Zögern der Landesregierungen auch den Kollateralschaden für das Kapital nur erhöht hat.⁶ Dies dürfte auch eher geeignet sein, auf die Zustimmung einer größeren Zahl von Lohnabhängigen zu stoßen – als eine Wunsch-

⁶ Diejenigen bürgerlichen Fraktionen von Bolsonaro über Trump bis Ballweg, die darauf setzen, der Pandemie möglichst freien Lauf zu lassen, werden sich davon freilich nicht überzeugen lassen.

traum-Lyrik, die sie schon seit Jahrzehnten nicht hinter dem Ofen hervor- oder vom Sofa herunterholt oder gar von der Werkbank oder dem Schreibtisch weglockt.⁷⁾

Zwar spricht *nichts dagegen*, sondern *alles dafür*, die Perspektive hochzuhalten, daß die Beschäftigten selber gestalten und gemeinsam durchsetzen. Aber der Voluntarismus des Textes der Unterschriftensammlung liegt *darin* vorauszusetzen, diese Perspektive falle mit der Aktualität der Covid-19-Pandemie zusammen. – Ob es wohl an der trotzkistischen Neigung einiger der UnterzeichnerInnen liegt, auf jede aktuelle, konkrete Reformforderung auch noch ein „Übergangsprogramm“ draufzusatteln⁸⁾; -)

Anmerkung II: Zur Methodologie des Aufrufeschreibens

Anmerkung I zur ZeroCovid-Initiative schwankte etwas zwischen

- der Kritik (in Fußnote 2), die „Unterzeichnenden sprechen nicht als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige (die sie vielleicht zu einem gar nicht geringen Anteil *sind*), sondern erteilen einen ‚aufgeklärten Ratschlag‘ an die werten Mit-Lohnabhängigen und die Gewerkschaften“

und

- meiner Kritik (am Ende des Textes) daran, „aktuelle, konkrete Reformforderung auch noch ein ‚Übergangsprogramm‘ draufzusatteln“, und meiner These (im vorletzten Absatz [vor Beginn der Fußnoten]): „Eher als solche Träume (‚die Beschäftigten gestalten selber und setzen gemeinsam durch‘) jenseits von Zeit und Raum – *ohne* Mittel und Wege – dürften sich noch Teile des Kapitals und des Staatsapparates von der simplen Tatsache überzeugen lassen, daß sich (relativ) niedrige Infektionszahlen *schneller* wieder auf ein handhabbares Niveau senken lassen als höhere – und daß das herbstliche Zögern der Landesregierungen auch den Kollateralschaden für das Kapital nur erhöht hat.“

Kritische LeserInnen mögen fragen: Läuft nicht meine These am Ende erst recht darauf hinaus, einen ‚aufgeklärten Ratschlag‘ zu erteilen – und in dem Fall, nicht einmal „an die werten Mit-Lohnabhängigen und die Gewerkschaften“, sondern an bestimmte Fraktionen von Staat und Kapital? *Even worse?*

Ich denke nicht! Mir scheint *jede* der beiden Möglichkeiten oder Perspektiven

⁷ Auch Lohnabhängige, die etwas kämpferischer als die in der BRD sind, streiken – wenn überhaupt, dann – in aller Regel für ökonomische Forderungen und nicht für's selber Gestalten.

⁸ Vgl. zu Kritik daran meinen Text: *Mit Argumenten oder mit Forderungen überzeugen? – Zur Kritik der trotzkistischen „Übergangsforderungen“-Didaktik*; <http://naoprozessdoku.blogspot.eu/2012/09/20/mit-argumenten-oder-mit-forderungen-ueberzeugen-zur-kritik-der-trotzkistischen-uebergangsforderungen-didaktik/>.

(1) „als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige“ sprechen

oder

(2) einen ‚aufgeklärten Ratschlag‘ an bestimmte Fraktionen von Staat und Kapital erteilen,

wäre *besser* (da klarer und folglich auch verständlicher) als das etwas verunglückte Mischmasch in dem Text zur Unterschriftensammlung.

1. Linke Sprechpositionen

a) ‚aufgeklärte Politikberatung‘

In dem Text gibt es einerseits Passagen, die als ‚aufgeklärte Politikberatung‘ (ich meine den Ausdruck – insbesondere in Zeiten von Verschwörungstheorien und Esoterik – gar nicht besonders kritisch) mehr oder minder in Ordnung wären: „Wir sind [...] überzeugt, dass die Eindämmung des Sars-CoV-2 Virus nur gelingen kann, wenn alle Maßnahmen gesellschaftlich solidarisch gestaltet werden.“ Allerdings wäre noch die Fragen: Geht es wirklich nur so (also: solidarisch)? Oder ginge es auch unsolidarisch bzw. *noch* unsolidarischer als ohnehin? Und was heißt genau „solidarisch“?

Auf alle Fälle ist es aber ein Unterschied, ob die Solidarität um der Solidarität willen gefordert wird oder weil „die Eindämmung des Sars-CoV-2 Virus nur gelingen kann, wenn alle Maßnahmen gesellschaftlich solidarisch gestaltet werden.“ (also als Mittel zum Zweck) – Und schließlich: Ist nicht schon die Bekämpfung der Pandemie als solches ein solidarischer Akt – nämlich mit denen, die sich ansonsten zusätzlich infizieren und ggf. sterben würden?

Ähnlich verhält es sich mit den beiden Sätzen: „Maßnahmen können nicht erfolgreich sein, wenn sie nur auf die Freizeit konzentriert sind, aber die Arbeitszeit ausnehmen. Wir müssen die gesellschaftlich nicht dringend erforderlichen Bereiche der Wirtschaft für eine kurze Zeit stilllegen.“

Als ‚aufgeklärte Politikberatung‘ sind sie ziemlich okay und kann ich sie – abgesehen von dem gestern schon kritisierten „müssen“ in dem zweiten Satz – sofort unterschreiben. Aber „solidarisch“ im engeren Sinne (also nicht allein schon wegen der Infektionsreduzierung) sind solche Stilllegungen doch wohl erst dann, wenn die Betroffenen währenddessen Lohnfortzahlung, Kurzarbeitsgeld oder – als Abwandlung auf das Krankengeld – Infektionsschutzgeld bekommen, oder nicht?

Das wird so genau aber in dem Text gar nicht gesagt. Bei Punkt 5. heißt es zwar: „Die notwendigen Maßnahmen kosten viel Geld. Die Gesellschaften in Europa haben enor-

men Reichtum angehäuft, den sich allerdings einige wenige Vermögende angeeignet haben. Mit diesem Reichtum sind die umfassende Arbeitspause und alle solidarischen Maßnahmen problemlos finanzierbar. Darum verlangen wir die Einführung einer europäischen Covid-Solidaritätsabgabe auf hohe Vermögen, Unternehmensgewinne, Finanztransaktionen und die höchsten Einkommen.“

Aber eine *Abgabe* wäre auf alle Fälle etwas anderes, als die Unternehmen zur *Lohnfortzahlung* zu verpflichten; und es wird in dem Text auch nicht genau gesagt, wofür die Abgabe verwendet werden soll – sicherlich u.a. für: „Der gesamte Gesundheits- und Pflegebereich muss sofort und nachhaltig ausgebaut werden. Dies gilt auch für Gesundheitsämter und Behörden, die für das Verfolgen der Infektionsketten zuständig sind. Das Personal muss in diesem Bereich aufgestockt werden. Die Löhne sind deutlich anzuhäufeln.“ Aber was ist nun konkret mit Lohnfortzahlung, Kurzarbeitsgeld oder Infektionsschutzgeld?

Zwar heißt es bei Punkt 2. außerdem: „Menschen können nur zu Hause bleiben, wenn sie finanziell abgesichert sind.“ Aber Höhe und juristische Form der Absicherung bleiben auch dort unklar.

b) „als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige“ sprechen

- „Als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige“ sprechen, würde demgegenüber heißen nicht mit dem – abgesehen von den Corona-LeugnerInnen – *gesamtgesellschaftlichen* Ziel der Pandemiebekämpfung zu beginnen, sondern mit der besonderen Betroffenheit von Lohnabhängigen von der Pandemie und von deren Folgen zu beginnen. Das würde heißen, zu thematisieren, daß Leute mit – wegen schlechterer Lebens- und Arbeitsbedingungen – auch schlechterem Gesundheitszustand, schlechtere Chancen haben, eine Infektion mit SARS-CoV-2 zu überleben.
- „Als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige“ sprechen, würde auch heißen zu thematisieren, in welchem *erheblichen* Ausmaß Unternehmen Umsatzeinbußen erlitten wurden und werden, und in welchem *geringerem* Ausmaß Lohnabhängigen durch längeres Kurzarbeitsgeld und temporärer Mehrwertsteuersenkung für Einnahmeverluste und Einschränkungen zugunsten der Pandemiebekämpfung entschädigt wurden und werden.
- „Als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige“ sprechen, würde auch heißen, aus dieser *besonderen Betroffenheit* heraus Forderung zu stellen (oder meinetwegen – wenn es denn realistisch wäre –: Ziele zu setzen und eigenmächtig durchzusetzen) – und nicht als besseres Gesundheitsamt- oder -ministeriums zu argumentieren⁹.

⁹ Wie gesagt: Meines Erachtens spricht im vorliegenden Fall gar nichts dagegen, als besseres Gesundheitsamt- oder -ministeriums zu argumentieren. Nur sollte die Sprechposition offengelegt und durchgehalten werden. Denn

- „Als Gewerkschaftsmitglieder und Lohnabhängige“ sprechen, würde schließlich heißen, zu reflektieren, wie das, was gefordert wird, denn *durchgesetzt* werden soll (‘aufgeklärte Politikberatung‘ kann dagegen auf die Kraft des besseren Arguments hoffen). Als Forderung an den Staat – so wie Höchstarbeitsgrenzen, Mindesturlaub und Arbeitsschutz? Als Forderungen an das Kapital, – wie Tarifverträge – durch Streik?

Aber wieviel Lohnabhängige in der BRD wären wohl bereit, für temporäre Stillungen der Betriebe, in denen sie arbeiten, zu streiken (noch dazu – mutmaßlich – ohne gewerkschaftliches Streikgeld)?

Hinzukommt: Das eine wäre, die Betriebe durch Streik stillzulegen; das wäre noch relativ einfach. Etwas ziemlich anderes wäre, dem Kapital durch Streik zusätzlich Lohnfortzahlung abzutrotzen: Was sollte das Kapital veranlassen, sich darauf einzulassen, wenn die Arbeitskräfte nach Gewährung der Lohnfortzahlung gar nicht an die Arbeitsplätze zurückkommen, sondern die Lohnfortzahlung gewährt werden soll, damit die Arbeitskräfte länger von den Arbeitsplätzen wegbleiben können, als es private Ersparnisse und gewerkschaftliche Streikkassen erlauben?! Das ist doch eine ganz andere Kampf- und Verhandlungssituation, als wenn die Parole lautet: „Wenn Ihr uns mehr Lohn zahlt, mehr Urlaub oder eine kürzere Wochenarbeitszeit gewährt, dann kommen wir zurück an die Arbeitsplätze.“

c) linke Träume

Eine dritte Sprechposition kommt in dem Text noch vor – die (mir nicht sehr fremde ;-)) von linken politischen AktivistInnen und ProgrammatikerInnen, die mit Lohnabhängigen, die mal für dieses oder jenes Ziel streiken, nicht viel zu tun haben (viele Linke arbeiten nicht in größeren Betrieb mit streikfähigen Belegschaften) – und sich statt dessen an weitreichenden Träumen berauschen (eine Praxis, die ich zu vermeiden versuche).

Beispiele:

- „Wir brauchen *drittens* auch eine gemeinsame langfristige Vision – und auf deren Basis regionale und nationale Aktionspläne.“
- „Wir wollen die politische Lähmung in Bezug auf Corona überwinden. Wir wollen uns auch in Deutschland, Österreich und der Schweiz für den nötigen solidarischen ZeroCovid-Strategiewechsel sammeln. Wie unsere Mitstreiter*innen in Großbritannien (<https://zerocovid.uk>) wissen wir, dass wir den Schutz unserer Gesundheit gegen kurzfristige Profitinteressen und große Teile der Politik erkämpfen müssen.“

‘aufgeklärte Politikberatung‘ kann in der Tat auf das *bessere Argument* setzen; alles andere bräuchte eine *Durchsetzungsstrategie*. Statt dessen versucht der Text den Spagat zwischen ‚besseres Gesundheitsamt‘ und ‚die Beschäftigten sollen gemeinsam durchsetzen und selber gestalten‘, *ohne* sich aber mit dem tatsächlichen Bewußtseinsstand und dem, woran die Lohnabhängigen tatsächlich (und nicht bloß zugeschriebenermaßen) interessiert sind, auseinanderzusetzen.

- Und der am Sonntag schon aufgespießte Satz: „Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen.“

Es wäre ein schlechter Witz diese Sprechblasen („Aktionspläne“, „politische Lähmung [...] überwinden“; „Wichtig ist“) „revolutionär“ zu nennen. Aber es ist auch etwas anderes, als zu versuchen, konkrete – klar umrissene – Reformforderungen mit gewerkschaftlichen oder parlamentarischen Mitteln durchzusetzen.

Egal, ob nun „revolutionär“ oder ‚sozial-bewegter Sammlungsversuch‘: Für beides ist die Form einer [Petition \(„We act! Die Petitionsplattform von Campact“\)](#) [„An: Deutsche Bundesregierung, Schweizer Bundesregierung, Österreichische Bundesregierung, Europäische EntscheidungsträgerInnen“](#) etwas merkwürdig. Schon die Form „Petition“ wirkt dafür befremdlich; aber wenn schon „Petition“, dann wäre sie wohl eher an die Bundes- und Landesvorstände von DGB und Einzelgewerkschaften und Strukturen der sozialen Bewegungen zu richten gewesen.

d) „Politik in 1. Person“

Eine vierte Möglichkeit wäre, zunächst einmal nur zu artikulieren, was die Unterzeichnenden selbst wollen – ohne sich groß darum zu scheren, ob sich das Staat und Kapital abringen lassen und/oder relevante Teile der Lohnabhängigen daran ebenfalls Interesse haben. Auch dafür wäre die Form „Petition“ dann eher ungewöhnlich – und nicht ohne weiteres einsichtig.

Die typische Form *dafür* wäre, einen (vermeintlichen) „Freiraum“ zu erobern, in dem (vermeintlich) nach der eigenen Schnauze gelebt wird; die typische Form wäre vielleicht auch eine kämpferische Demo mit Hassi und – heutzutage – viel Pyrotechnik (statt früher: Steinen) – allenfalls noch eine Unterschriftensammlung + Anzeige in *taz* oder der *Frankfurter Rundschau* (oder, wenn ganz viele, ziemlich gut verdienende UnterzeichnerInnen zusammenkommen, vielleicht auch in der *Zeit*).

2. Schlußfolgerungen (aus der Sprechpositionen-Analyse)

Was ist nun mein Vorschlag, der aus dieser Sortierung der Sprechpositionen bzw. Perspektiven folgt?

1. Nicht diese unterschiedlichen Sprechpositionen und Perspektiven in ein- und demselben Text zu vermengen.

2. Wenn die Absicht ist, etwas für die Interessen von Lohnabhängigen und Gewerkschaften zu tun, dann sollte sich zunächst einmal mit *dem* auseinandergesetzt werden,

was die meisten Lohnabhängigen und Gewerkschaftsmitglieder *tatsächlich* wollen – und ihnen nicht einfach gesagt werden, was sie wollen *sollen*.

Das Interesse von Lohnabhängigen, die Betriebe, in denen sie arbeiten, selbst zu verwalten ist aber gemeinhin genauso gering, wie das Interesse von MieterInnen, die Häuser, in denen sie Wohnen, oder von Menschen, die in einem Stadtteil wohnen, ihren Stadtteil gemeinsam selbst zu verwalten.

Die allermeisten sind zufrieden, wenn der Lohn nicht allzu niedrig; die Miete nicht allzu hoch ist; der Parkplatz und der Supermarkt nicht allzu weit weg sind und das Wasser aus dem Wasserhahn fließt und nicht durch die Decke tropft. Und selbst dafür im Konfliktfall zu streiken, ist die Bereitschaft meist nicht allzu groß. Am ehesten wird noch die Rechtsberatung des MieterInnenvereins oder der Gewerkschaft in Anspruch genommen – und auch die schlagen dann nicht Streik, sondern Klage vor einem bürgerlichen Gericht vor.

Nun können immer theoretische Texte geschrieben werden und kann dieses und jenes propagiert werden (mache ich auch gerne); aber ein agitatorischer Text, der zu etwas Konkretem ‚antreiben‘ möchte, muß Zeit und Raum berücksichtigen und kann sich nicht auf ‚ewige Wahrheiten‘ beschränken. Die Etymologie hilft, beides zu unterscheiden:

- [Propaganda](#): von lat. *prōpāgāre* = weiter ausbreiten, erweitern.
- [Agitation](#): von lat. *agitāre* = in Bewegung setzen, (an)treiben

Lenin kritisierte 1920 an einem Artikel von „B. K.“ (= [Béla Kun](#)): „Gen. B. K. übt Kritik auf Grund von Zitaten aus Marx, die sich auf eine der jetzigen ganz unähnliche Situation beziehen, [...]. Er umgeht das, worin das innerste Wesen, die lebendige Seele des Marxismus besteht: die konkrete Analyse einer konkreten Situation.“ ([LW 31](#), 153 - 155 [154])

In welchen Situationen hat es nun Sinn, daß die politische Linke (oder einzelne politische organisierte Linke) in Bezug auf Lohnabhängige / Betrieb & Gewerkschaften auf den Plan treten:

- (1) Wenn sie in dem Betrieb, in dem sie selbst als Lohnabhängige arbeiten, betroffen sind – also nicht als Außenstehende agieren.
- (2) Wenn ein Konflikt bereits aufgebrochen ist (weil der Lohn oder die Pause allzu knapp oder gesundheitsschädliche Arbeitsbedingungen auf Protest stoßen) – sei es, daß dann andere Belegschaften in den Solidaritätsstreik treten oder eh branchenweit gestreikt wird, oder sei es, daß politische organisierte Gruppen Solidarität in Bezug auf einen stattfindenden Arbeitskampf machen und ggf. mit taktischen oder strategischen Vorschlägen intervenieren (oder sogar versuchen, Kommunismus / Abschaffung der Lohnarbeit als langfristiges Ziel ins Gespräch zu bringen).

Danach – nach einem bereits aufgebrochenen Konflikt – sieht es in Bezug auf Covid-19 aber bisher nicht aus – jedenfalls nicht in *dem* Sinne, daß sich sonderlich viele Lohnabhängige an zu wenig Gesundheitsschutz stören. Eher haken sie sich – sofern sie den Lauf der Dinge nicht einfach hinnehmen – bei kleinkapitalistischen CoronaleugnerInnen unter, die sich in ihrer privilegierten Freiheitlichkeit tangiert fühlen.

Nun spricht auch nichts dagegen, wenn Lohnabhängige an andere Lohnabhängige herantreten und versuchen, sie auf ein noch nicht erkanntes Ärgernis aufmerksam zu machen – aber: *Wenn es eine Klassenperspektive sein soll*, dann kann es nicht die Menschheits- oder EuropäerInnen-Perspektive sein, mit der aber der ZeroCovid-Aufruf beginnt: „Nach einem Jahr Pandemie sind wir in ganz Europa in einer äußerst kritischen Situation. Tausende Menschen sterben jeden Tag und noch viel mehr erkranken. [...]. Wir brauchen sofort eine gemeinsame Strategie in Europa, um die Pandemie wirksam zu bekämpfen.“

3. Nun muß es durchaus nicht immer die Klassenperspektive sein; in anderen Fällen ist es vielmehr richtig, eine Frauenperspektive oder eine Perspektive von Schwarzen einzunehmen. (Weder ist die kapitalistische Produktionsweise die Ursache aller Ärgernisse, noch sind die Lohnabhängigen das Subjekt universeller Befreiung.¹⁰)

In manchen – seltenen – Fällen mag es sogar richtig sein, die Perspektive ‚der Menschen‘, ‚des Bürgers‘ / ‚der BürgerIn‘ oder von ‚Ich, ein Individuum‘ einzunehmen. In diesen Fällen mag es auch sinnvoll sein, eine Petition an Regierungen zu schicken – aber dann ist es absurd, mitten im Petitionstext einzuschieben: „Wichtig ist, dass die Beschäftigten die Maßnahmen in den Betrieben selber gestalten und gemeinsam durchsetzen.“ Welche (bürgerliche) Regierung sollte das gut finden?

4. Es sollte (in jedem Text) klargestellt werden, um was es geht (vorliegend also): Um die Handhabung der Pandemie? Oder um die Handhabung der Pandemie-Folgen?

Je nachdem, liegen unterschiedliche Sprechpositionen bzw. Perspektiven nahe:

- An der Pandemie selbst dürften die wenigsten ein Interesse haben – außer diejenigen, die sie bewußt zur RentnerInnen-Liquidierung verwenden wollen. Die Handlungen, die aus der Corona-Leugnerei folgen, *befeuern* zwar die Pandemie – aber in den meisten Fällen dürfte es an einem Mangel an *Einsicht* in die Pandemie oder *Leugnung* der Pandemie [weil sich an der Unbequemlichkeit der Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung gestört wird] liegen – und es sich nicht um bewußte Affirmation der Pandemie handeln.

Insofern kann, was die Handhabung der *Pandemie* anbelangt, in der Tat so etwas wie eine Perspektive ‚der Menschen‘ oder ‚der BürgerInnen‘ oder wissen-

¹⁰ Siehe dazu bspw. meinen Text: *Warum ich (auch) keinE FT-CI-TrotzkistIn bin...* Zur Kritik des Manifestes der Trotzkistischen Fraktion / Vierte Internationale, der in Deutschland RIO angehört, in: [trend. onlinezeitung 4/2016, S. 17 - 19](#) (Abschnitt 5.).

schaftlichen Objektivität eingenommen werden (auch einfacher als in Friedens- und Umweltfragen, da sich die Entstehung neuer Viren weitaus weniger als Rüstung und Ressourcenraubbau auf einen Effekt der Herrschaft der kapitalistischen Produktionsweise bzw. des Imperialismus zurückführen läßt; auch eine kommunistische Gesellschaft wäre nicht [grundsätzlich] vor der Entstehung neuer Viren oder Krankheiten gefeit, wenn auch vielleicht manche ‚kapitalistischen Umstände‘ der Entstehung neuer Krankheiten oder Viren förderlich sind).

Was die Pandemie anbelangt, ist es – solange nicht ausreichend Impfstoff, der erst *erfunden* werden mußte, zur Verfügung steht – in der Tat so banal, wie es verschiedene Wissenschaftsorganisationen in der BRD – von den RegierungschefInnen der Bundesländer *übersehen* oder *überlesen* – im Herbst beschrieben hatten:

„Kontakte, die potentiell zu einer Infektion führen, [müssen] systematisch reduziert werden. Nur so werden eine Unterbrechung der Infektionsketten und ein Einhegen der Situation wieder möglich. Je früher und konsequenter alle Kontakte, die ohne die aktuell geltenden Hygiene- und Vorsichtsmaßnahmen stattfinden, eingeschränkt werden, desto kürzer können diese Beschränkungen sein“

(https://www.leopoldina.org/uploads/tx_leopublication/

[2020_Gemeinsame_Erklaerung_zur_Coronavirus-Pandemie.pdf](#), S. 1)

Diese ‚Übersehen‘ oder ‚Überlesen‘, war nun allerdings kein Zufall, sondern hat durchaus etwas mit der kapitalistischen Produktionsweise zu tun – denn sie legt den AkteurInnen *Kurzsichtigkeit* nahe: „Fast alle fürchten sich vor kurzfristigen Verlusten im kapitalistischen Konkurrenzkampf und an Bequemlichkeit – aber sehen nicht, daß ein Lockdown umso länger dauern muß, je höher die Infektionszahlen erst einmal gestiegen sind – sollen sie dann wieder nach unten gedrückt werden.“ (http://www.trend.infopartisan.net/trd1120/Alles_nur_Angsthasen.pdf, S. 2; ausführlicher: S. 15 unten / 16 oben)

Trotzdem spricht insoweit nichts dagegen, es (auch) brav-habermasianisch mit dem ‚zwanglosen Zwang des besseren Argument‘ zu versuchen. In dem Sinne habe ich eine Alternativpetition formuliert und zur Mitunterzeichnung veröffentlicht:

#Anti-Covid_effektiv:

Dem Gesundheitsschutz Vorrang geben;

Betriebe schließen;

Spaziergangsverbote *ad acta* legen!

<https://weact.campact.de/petitions/dem-gesundheitsschutz-vorrang-geben-betriebe-schliessen-spaziergangsverbote-ad-acta-legen>

Ein bißchen ‚Politik in 1. Person‘ ist auch dabei; aber *diese* Vermengung der Sprechposition mag vielleicht nachgesehen werden, wenn akzeptiert wird, daß

eine Petition – durchaus von der Etymologie gedeckt¹¹ – nicht nur auf Bitten beschränkt werden muß, sondern durchaus auch Forderungen enthalten darf.

- Ganz anders verhält es sich dagegen mit der Handhabung der Pandemie-*Folgen* (einschl. der Lasten des Infektionsschutzes). Hier kommen sofort die unterschiedlichen Perspektiven von ProduktionsmittelbesitzerInnen und denen, die an ihnen Arbeiten sollen, von Frauen und Männern zum Tragen. Hier erschöpft sich die Perspektive von ‚*die Menschen*‘ oder auch ‚*wir in ganz Europa*‘.

Dieser Kampf um die Handhabung der Pandemie-*Folgen* wird auch dann noch zu führen sein, wenn pharmazeutische (Impfen) und nicht-pharmazeutische (Kontaktreduzierungen) Maßnahmen das aktuell drängendste Problem (MaoistInnen, die den Unterschied zwischen Haupt- und Grundwiderspruch verstanden haben¹², würde vielleicht sagen: den aktuellen, historisch-konjunkturellen Hauptwiderspruch) – die Bedrohung durch die Pandemie – beseitigt haben werden. Und *in diesem Rahmen* soll – gerne auch *jetzt schon* – weiterhin darüber diskutiert werden, was und wie die Lohnabhängigen selbst etwas gestalten wollen. Aber bitte sehr unter Beachtung von *Raum und Zeit* – und das heißt u.a. auch

- nicht *via* Petition „An: Deutsche Bundesregierung, Schweizer Bundesregierung, Österreichische Bundesregierung, Europäische EntscheidungsträgerInnen“

und

- unter Berücksichtigung, daß die linke Sprechblasen-Lyrik in der Bandbreite von Vagheit bis Utopismus nicht bereits die Lösung ist, sondern bestenfalls auf Probleme anspielt, die erst noch zu bearbeiten sind.

¹¹ von lat. *petitio* = Bitte, Verlangen, Ansuchen, Bewerbung, Anspruch; zu lat. *petere* = zu erreichen suchen, streben, fordern, bitten, sich bewerben (<https://www.dwds.de/wb/etymwb/Petition>; meine Unterstreichungen).

¹² „Der Grundwiderspruch im Entwicklungsprozeß eines Dinges und das durch diesen Grundwiderspruch bedingte Wesen des Prozesses verschwinden nicht, solange der Prozeß nicht abgeschlossen ist; doch weisen die Umstände in den einzelnen Etappen dieses langen Entwicklungsprozesses oft Unterschiede auf. [...]. Mehr noch, unter den größeren und kleineren Widersprüchen, die durch den Grundwiderspruch bedingt sind oder sich unter seinem Einfluß befinden, verschärfen sich die einen, während andere zeitweilig oder teilweise gelöst oder gemildert werden und wieder andere, neue Widersprüche entstehen. Daher tritt ja der Prozeß etappenweise in Erscheinung. Wer auf die Etappen des Entwicklungsprozesses eines Dinges nicht achtet, ist nicht imstande, die dem Ding innewohnenden Widersprüche in angemessener Weise zu behandeln.“ (MAW I, 365 - 408 [381] – *Über den Widerspruch*)